

Stellungnahme der IG Metall und des DGB

zum Antrag „De-Industrialisierung stoppen – Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen“ der Landtagsfraktion der CDU in Niedersachsen (Drucksache 19/5309)

Stand: Januar 2025

Herausgeber:

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover

IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
Postkamp 12
30159 Hannover

verantwortlich:

Johannes Grabbe, DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Dr. Frederic Speidel, IG Metall Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

- IG Bauen-Agrar-Umwelt
- IG Bergbau, Chemie, Energie
- EVG - Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- IG Metall
- Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
- Gewerkschaft der Polizei
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die IG Metall bedanken sich für die Gelegenheit, zu dem Antrag „De-Industrialisierung stoppen – Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ausbauen“ der niedersächsischen Landtagsfraktion der CDU (Drucksache 19/5309) Stellung nehmen zu können. Gerne legen wir unsere Punkte in einer gemeinsamen Stellungnahme dar. Zudem möchten wir vor dem Hintergrund der Komplexität des Themas, auf die ausführlichen Publikationen und Beschlusslagen des DGB und der IG Metall verweisen.ⁱ Darüber hinaus nehmen wir zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Wir begrüßen das klare Bekenntnis zum niedersächsischen Industriestandort, das die Basis des vorliegenden Antrags bildet. Dies ist vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der Industrie für unser Bundesland und der aktuellen Entwicklung richtig und wichtig. Die Wachstumsprognosen sämtlicher Institute wurden im Verlauf des letzten Jahres permanent nach unten korrigiert. Aktuell berichtet das Landesamt für Statistik, dass die Nachfrage nach niedersächsischen Industriegütern im Vergleich zum Vorjahr um 11% gesunken ist.ⁱⁱ Vor allem die Beschäftigten in den Industriebetrieben bekommen das zu spüren. Für Niedersachsen ist das fatal. Denn unser Bundesland ist ein Industrieland und muss es bleiben. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung liegt in Niedersachsen mit ca. 24 Prozent höher als in allen anderen Ländern der Europäischen Union und auch höher als in den USA. Über 500.000 Menschen arbeiten in der niedersächsischen Industrie.ⁱⁱⁱ Zahlreiche weitere Arbeitsplätze etwa bei Zulieferern und Dienstleistern kommen noch hinzu. Gleichzeitig nehmen die niedersächsischen Schlüsselindustrien eine bedeutende Rolle in der Transformation hin zur Klimaneutralität ein. Zunächst stehen die industriellen Branchen selbst unter Transformationsdruck; darüber hinaus sind in Niedersachsen viele zentrale Glieder von Wertschöpfungsketten

beheimatet, die für die Dekarbonisierung entscheidend sind. Da von einer zukunftsweisenden Weiterentwicklung des Industriestandorts direkt Wohlstand und Beschäftigung in Niedersachsen abhängen, stimmen wir dem grundsätzlichen Impuls des Antrags für eine wirkungsvolle Industriepolitik zu. Als Gewerkschaften in Niedersachsen beteiligen wir uns bereits an verschiedenen Stellen an der Ausarbeitung geeigneter industriepolitischer Maßnahmen und wir stünden auch als Partner für die Entwicklung einer industriepolitischen Strategie für unser Bundesland bereit. In Niedersachsen ist eine Kultur des Austausches und der Beteiligung etabliert. Aus unserer Sicht bietet es sich an, die vertrauensvollen Beziehungen und etablierten Diskussionskanäle, kurz den „niedersächsischen Weg“, zu nutzen, um mit wichtigen Akteuren aus Politik, den Sozialpartnern und der Arbeitsverwaltung Kernaspekte einer solchen Strategie zu diskutieren und umzusetzen.

Der vorliegende Antrag führt bereits mögliche Elemente einer solchen industriepolitischen Strategie aus, die unsere grundsätzliche Zustimmung in verschiedenen Aspekten erfahren, in für uns wesentlichen Fragen jedoch noch unzureichend sind. Unter anderem sehen wir im Antrag die Perspektive der Beschäftigten unterbelichtet. Zudem ist der Antrag einseitig angebotspolitisch ausgerichtet. Nachfrageimpulse hingegen fehlen, obwohl diese zweifelsfrei entscheidend sind, um notwendige Impulse auszulösen. Aus unserer Sicht besteht eine kluge industriepolitische Strategie aus einem ausgewogenen Mix aus Angebots- und nachfragepolitischen Maßnahmen.

Im Folgenden gehen wir im Detail darauf ein:

Investitionen

Wir begrüßen, dass der Antrag sowohl die Notwendigkeit unternehmerischer Investitionen in die niedersächsischen Standorte als auch staatlicher Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

adressiert. Leider bleiben im Antrag dann aber die Schlussfolgerungen knapp, obwohl dies ein entscheidender Punkt ist.

Öffentliche Investitionen sind auch deshalb so bedeutsam für eine positive Entwicklung, da sie die notwendigen Rahmenbedingungen für private Investitionen schaffen können und diese zudem auch direkt anreizen. Die Investitionsbedarfe lassen sich dabei eindeutig benennen: Eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) haben die Investitionsbedarfe auf Basis der veränderten demografischen Aussichten, der verschärften Anforderungen an Dekarbonisierung und den Umbau der Energieversorgung berechnet. Das Ergebnis dieser (eher konservativen) Berechnung ergibt bundesweit einen Investitionsbedarf von 600 Mrd. Euro.^{iv} Auch in Niedersachsen besteht erheblicher Investitionsbedarf. Vor diesem Hintergrund bedarf es eine massive Ausweitung der Investitionstätigkeit durch die öffentlichen Haushalte. Allerdings bietet der vorliegende Antrag hier keine Lösungen an. Eine signifikante Erhöhung der öffentlichen Investitionsquote herbeizuspüren – wie es der Antrag vorschlägt –, ist aus mehreren Gründen unsinnig. Zunächst machen die Zahlen von IW und IMK deutlich, dass es sich bei den historischen Herausforderungen um eine Größenordnung handelt, die wohl kaum einfach aus den laufenden Haushalten gestemmt werden kann. Zudem ist mehr als erklärungsbedürftig, wo die Antragsstellerin denn überhaupt das Sparpotential sieht. Die Gewerkschaften sprechen sich eindeutig gegen Sparrunden aus, da diese die öffentliche Daseinsvorsorge schwächen, den sozialen Zusammenhalt in unserem Land gefährden, die Binnennachfrage reduzieren und die Akzeptanz für die notwendige Transformation aufs Spiel setzen. Hingegen können eine Reform der Schuldenbremse und der Einsatz von öffentlichen Investitionsfonds und -gesellschaften einen angemessenen finanzpolitischen Spielraum zur Erhöhung der Investitionsquote im Land Niedersachsen schaffen.

Diese Optionen fehlen aber im Antrag. Darüber hinaus muss aus unserer Sicht die Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte durch eine gerechte Weiterentwicklung des Steuersystems verbreitert werden. Der DGB hat dazu unlängst ein eigenes Konzept vorgelegt.^v Die Forderungen des Antrags nach Steuersenkungen halten wir in diesem Zusammenhang für kontraproduktiv. Denn: Eine mittelfristige Anhebung der Körperschaftssteuer auf Unternehmensgewinne auf 25 Prozent würde beispielsweise 8 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen bedeuten und damit den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand wesentlich erweitern. Dazu sei ergänzt, dass das Versprechen, eine geringere Steuerbelastung würde mehr Unternehmensinvestitionen nach sich ziehen, kein Automatismus ist und in der Vergangenheit durchaus nicht gehalten werden konnte.

Investitionen der Unternehmen in zukunftsfähige Geschäftsmodelle und ihre niedersächsischen Standorte sind eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der niedersächsischen Industrie. Die Unternehmensinvestitionstätigkeit hängt dabei auch entscheidend von der Planungssicherheit der Unternehmen ab, die gegeben sein muss. Entsprechend sind die Rahmenbedingungen auszugestalten. Auch sollten Instrumente geprüft werden, um die Finanzrisiken der Unternehmen zu reduzieren und damit ihr Engagement in zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu unterstützen. Unternehmen mit innovativen und zukunftsfähigen Potentialen dürfen nicht an Kapitalmangel scheitern. Hierzu ist vorrangig privates Kapital zu mobilisieren. Darüber hinaus kann aber auch öffentliches Kapital eingesetzt werden, wenn privates Kapital nicht ausreichend zur Verfügung steht. Der Antrag verweist auf staatliche Wagniskapitalfonds und auf privates Venture-Kapital. Hierzu würden uns weitere Ausführungen interessieren. Aus gewerkschaftlicher Sicht braucht es konkrete Strategien, um möglichst komplette Wertschöpfungsketten zu sichern. Hierfür braucht es staatliche Investitionsbegleitung und -förderung über geeignete Instrumente wie

Klimaschutzverträge, Superabschreibungen, die Umsetzung von grünen Leitmärkten sowie einen langfristig und ausreichend finanzierten Klima- und Transformationsfonds, der auch über die strategische Eigenkapitalbeteiligung Standorte in Deutschland sichert. Ein landespolitischer Ansatz könnte in diesem Zusammenhang die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung, von Bürgschaften oder ein Transformationsfonds auf Landesebene sein. Auch eine Einbettung in eine norddeutsche Industriestrategie wäre aus unserer Sicht förderlich.

Versorgung mit Energie und Rohstoffen

Niedersachsen ist Energiewendeland, woraus sich große Möglichkeiten für den Wirtschafts- und Industriestandort ableiten lassen nach dem alten Grundsatz „Industrie folgt Energie“. Dies ist aber kein Automatismus und ist nicht zuletzt von der Rahmensetzung durch den Staat abhängig. Denn die offensichtlichen Chancen werden nur genutzt, wenn die Energiewende tatsächlich zum Wachstums- und Beschäftigungsmotor in Niedersachsen wird. Die Grundvoraussetzung ist dabei das Gelingen der Energiewende u. a. auf Basis eines beschleunigten Hochlaufs erneuerbarer Energien, den Ausbau leistungsfähiger Energienetze und dem Aufbau einer niedersächsischen Wasserstoffwirtschaft. Die niedersächsische Industrie ist auf bezahlbare Energie angewiesen. Der Staat trägt die Verantwortung, ein verlässliches Preisniveau sicherzustellen. Das trägt maßgeblich zur Planungssicherheit bei und schafft den Rahmen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und nachhaltige Investitionen. Vor diesem Hintergrund stimmen wir der Intention des Antrags bzgl. eines niedrigeren Strompreises zu. Als Gewerkschaften fordern wir eine möglichst geringe Belastung des Strompreises durch Netzentgelte (d.h. Einfrieren bzw. Deckeln auf dem Niveau von 2023 und Entlastung durch Zuschüsse für Übertragungsnetzentgelte), Steuern, Abgaben und Umlagen. Wichtig ist die Fortschreibung reduzierter

Netzentgelte für besonders stromintensive Unternehmen. Wir sprechen uns zudem für eine Ausweitung der Strompreiskompensation für bisher nicht umfasste Branchen, vor allem auf mehr KMU, aus. Diese Kompensation darf nicht zu Lasten der anderen Verbraucher*innen gehen und muss staatlich finanziert werden.

Die vorgeschlagene Rohstoffstrategie halten wir für sinnvoll, denn Deutschland ist als rohstoffarmes und hoch industrialisiertes Land vom Import von hochwertigen Werkstoffen abhängig. Hierbei begrüßen wir insbesondere den Fokus im Antrag auf das Recycling. Das bisherige Wirtschaftsmodell, das auf immer höheren Ressourcenverbräuchen auf Kosten von Mensch und Natur basiert, gelangt erkennbar an seine Grenzen. Eine Kreislaufwirtschaft ist nicht nur aus Gründen der ökologischen Vernunft geboten, sondern mit Blick auf die Preisentwicklung bei (kritischen) Rohstoffen, geopolitischen Abhängigkeiten und fragilen Lieferketten auch politisch und ökonomisch sinnvoll.^{vi} Ein weiterer Punkt einer Rohstoffstrategie könnte sein, einen Austauschprozess mit Sozialpartnern und Umweltverbänden zu initiieren, um eine sinnvolle und nachhaltige Nutzung heimischer Rohstoffe mit verbindlichen sozialen und ökologischen Kriterien zu gewährleisten.

Beschleunigte Verfahren

Genehmigungsverfahren müssen schnell und effizient organisiert sein, was eine moderne öffentliche Verwaltung voraussetzt. Der vorliegende Antrag verweist dazu auf Potentiale, die etwa in digitalisierten Verfahren oder auch in der Vermeidung von Redundanzen liegen können. Aus gewerkschaftlicher Perspektive möchten wir in diesem Zusammenhang aber auf einen anderen Aspekt hinweisen, der im vorliegenden Antrag nicht genannt wird. Bereits gegenwärtig sind längere Bearbeitungszeiträume bei Klage- und Genehmigungsverfahren vielfach auf eine personelle Unterbesetzung zurückzuführen. Durch die Forschung konnte bspw. der Zusammenhang

zwischen einer Unterbesetzung der Bauverwaltung und einer verminderten Investitionstätigkeit klar bestätigt werden.^{vii} Bei steigender Komplexität und vor allem bei einer weiter steigenden Anzahl an Verfahren im Zuge der Energiewende ist zu erwarten, dass sich dieses Hemmnis verstärkt. Notwendig ist deshalb ein gezielter Personalaufbau auf Grundlage von regelmäßig durchgeführten, bindenden Personalbedarfsanalysen. Basierend auf diesen können gezielte Strategien zur Personalgewinnung und -entwicklung realisiert werden. Gute Arbeitsbedingungen müssen hierbei der entscheidende Attraktivitätsfaktor sein. Grundsätzlich möchten wir an dieser Stelle festhalten, dass eine funktionierende Bürokratie basierend auf einem modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst ein echter Standortvorteil ist. Es ist der richtige Ansatz, in diesem Sinne auch bestehende Verfahren zu optimieren, ohne wichtige Standards oder Beteiligungsformen zu schwächen. Ein pauschales „Bürokratie-Belastungsmoratorium“ halten wir vor diesem Hintergrund allerdings nicht für hilfreich.

Darüber hinaus gibt es weitere Aspekte, die aus gewerkschaftlicher Sicht Teil einer „industriepolitischen Agenda“ sein sollten, aber im vorliegenden Antrag bisher keine oder nur wenig Beachtung finden. Dazu zählen insbesondere die folgenden Punkte:

Innovationen

Die Wettbewerbsfähigkeit hängt nicht zuletzt von der Innovationskraft der Wirtschaft ab. Insbesondere KMU können durch eine gezielte Forschungsförderung bei der Entwicklung zukunftssträchtiger Technologien und Produkte unterstützt werden. Zudem können in diesem Zusammenhang Innovationsnetzwerke, überregionale Wissensplattformen oder Transferzentren bedeutsam sein. Innovative Startups sollten besonders gefördert werden. Nicht zuletzt könnten hiermit auch neue

Strukturen aufgebaut werden. So sind im Bereich der Kreislaufwirtschaft bei der Wiedergewinnung von Ressourcen große Potentiale zu verorten, beispielsweise bei der Rückgewinnung von recyclingfähigen Rohstoffen im Zuge der Verwertung von Altfahrzeugen. Mit Blick auf die Beschäftigten sollten konsequent Beratungsstrukturen für einen betrieblichen Innovations- und Transferprozess aufgebaut werden, welche sowohl die Unternehmen als auch die Beschäftigten und die Mitbestimmungsstrukturen in der Ausgestaltung von Arbeit, der Arbeitsbeziehungen und Qualifizierung nachhaltig unterstützen. In Niedersachsen gibt es bereits Ansatzpunkte beispielsweise in Form der sozialpartnerschaftlichen Transformationslotsen und der Transformationsagentur Niedersachsen.

Just Transition

Die Stärkung von Guter Arbeit und die frühzeitige Einbindung der Beschäftigten gehören in den Mittelpunkt einer vorausschauenden Industrie- und Strukturpolitik. Tarifgebundene und mitbestimmte Arbeitsplätze sowie regionale Beteiligungsstrukturen sind von entscheidender Bedeutung, um Sicherheit im derzeitigen Wandel und gesellschaftliche Akzeptanz zu gewährleisten. Die Tarifautonomie und die Mitbestimmung sind seit vielen Jahrzehnten eine zentrale Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs in Deutschland und werden auch zukünftig angesichts der Herausforderungen für unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort eine große Rolle spielen. In der aktuellen konjunkturellen Lage, die bei vielen Menschen Zukunftsängste auslöst, sollte dabei insbesondere die Standort- und Beschäftigungssicherung im Mittelpunkt stehen. Hierbei ist aus unserer Sicht auch wesentlich, dass eine staatliche Förderung nicht bedingungslos sein kann, sondern an Kriterien wie insbesondere Standort- und Beschäftigungssicherung, Tarifbindung und Aus- und Weiterbildung geknüpft werden muss. Zudem gilt es, den eingeschlagenen Weg einer zukunftsorientierten, aktiven Arbeitsmarktpolitik fortzusetzen,

indem der Ausbau der Beratung und Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten weiter intensiviert wird. Auf Basis der bisherigen Erfahrungen sollten die Instrumente ggf. hinsichtlich der Praktikabilität nachjustiert werden. Solche Aspekte finden leider im Antrag bisher keine Berücksichtigung. Wir raten deshalb dazu, bei einer etwaigen Entwicklung eines „Masterplans zur Stärkung der niedersächsischen Industrie“ beide Sozialpartner zu beteiligen, damit diese elementare Perspektive eingebracht werden kann.

An dieser Stelle möchten wir klarstellen, dass wir die kurzen Einlassungen des Antrags zu den Personal- und Lohnkosten weder als sinnvoll noch als hilfreich ansehen. Als Tarifpartner fragen wir uns zudem, was die Antragsstellerin damit meint, wenn zu hohe Personal- und Lohnkosten beklagt werden und gefordert wird, dass diese im Rahmen des Machbaren sinken sollen. Sollte der Antrag damit auf die gestiegenen Lohnnebenkosten etwa in Folge der gerade deutlich gestiegenen Zusatzbeiträge der Gesetzlichen Krankenversicherungen abzielen, bedarf das aus unserer Sicht eine entsprechende Klarstellung und eine genauere Ausführung. Sollten diese Einlassungen jedoch auf das (tarifliche) Arbeitsentgelt zielen, weisen wir diese Einmischung entschieden zurück. Dazu noch folgende Anmerkung: Zur Stabilisierung des Binnenmarktes sind gerade jetzt Reallohnzuwächse bedeutsam.

Arbeitsmarkt & Fachkräfte

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage für Innovationen und eine gute wirtschaftliche Entwicklung, was im vorliegenden Antrag lediglich angedeutet wird. In vielen Unternehmen aus der Industrie und den Dienstleistungsbereichen werden sich Anforderungen wandeln und bestehende Tätigkeiten teilweise durch neue ersetzt werden. Im Zentrum der Fachkräftesicherung steht daher die Qualifizierung. Weiterbildung ist sowohl der Schlüssel zur Steigerung der Produktivität als auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Mit Blick auf die Entwicklung von Fachkräften ist zu sagen, dass sich aus den fehlenden Ausbildungsplätzen von heute der Mangel an Fachkräften in der Zukunft ergibt. Deshalb ist fatal, dass die Zahl der Ausbildungsverträge in Niedersachsen rückläufig ist. Jedes Jahr gehen somit viele potenzielle Fachkräfte verloren. Dies gilt auch, wenn bestehende Fachkräftepotenziale nicht genutzt werden. Das größte Beschäftigungspotenzial zur Fachkräftesicherung sind Frauen. Frauen sind so gut ausgebildet wie nie, haben aber trotzdem schlechtere Ausbildungs-, Beschäftigungs-, Verdienst- und Aufstiegschancen. Auch sollte ein Fokus auf verbesserten Erwerbsbeteiligungsmöglichkeiten sowohl von Arbeitslosen als auch von Menschen mit Migrationsgeschichte liegen. Im Übrigen: Die Verfügbarkeit von Fachkräften hängt nicht zuletzt von einem leistungsfähigen Bildungssystem, aber auch von Aspekten wie Wohnraum, Mobilität oder sozialer Infrastruktur ab, was Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge notwendig macht.

Der DGB in Niedersachsen hat im letzten Jahr umfassende Vorschläge zur Fachkräftedebatte vorgelegt, auf die wir an dieser Stelle explizit hinweisen wollen.^{viii} Es wäre aus unserer Sicht lohnend, diese vor dem Hintergrund des Antragsbegehrens einzubeziehen. Die bisher durch den Antrag eingebrachten Ideen zur „Hebung des heimischen Arbeitskräftepotenzials“ greifen aus unserer Sicht viel zu kurz, bzw. gehen teilweise komplett in die falsche Richtung. Dabei verwehren wir uns eindeutig gegen die Impulse, das Arbeitszeitgesetz aufzuweichen. Der Acht-Stunden-Tag hat sich bewährt, wie die Wissenschaft bestätigt. Längere Arbeitszeiten gehen mit mehr gesundheitlichen Beschwerden einher.^{ix} Das Risiko für Arbeitsunfälle steigt ab der achten bis neunten Arbeitsstunde deutlich.^x Zudem geht der Ruf nach Mehrarbeit an der Realität von Millionen Arbeitnehmer*innen komplett vorbei. Einerseits sind Überstunden in Deutschland bereits an der Tagesordnung; davon im Übrigen mehr als die Hälfte unbezahlt. Außerdem geht mittlerweile jede/r neunte Beschäftigte einem

Zweitjob nach, was die Möglichkeiten für weitere Überstunden offensichtlich einschränkt.^{xi} Darüber hinaus: Es ist ein Mythos, dass das Arbeitszeitrecht nicht flexibel sei. In Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen werden bereits tausendfach flexible Arbeitszeitmodelle geregelt.

ⁱ Mit Blick auf das Antragsbegehren verweisen wir insbesondere auf:

IG Metall, 2024: Wir machen Zukunft. 11 Punkte für ein modernes, innovatives und gerechtes Industrieland. Abrufbar unter: <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/wirtschaftspolitik/fuer-modernes-innovatives-und-gerechtes-industrieland>

DGB, 2024: Für einen starken Sozialstaat – Zentrale gewerkschaftliche Anforderungen zur Bundestagswahl 2025. Abrufbar unter: <https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/bundestagswahl-2025/>

DGB Niedersachsen, 2023: Gewerkschaftliches Impulspapier anlässlich der Konferenz Norddeutschland, abrufbar unter: <https://niedersachsen.dgb.de/-/TQu>

ⁱⁱVgl.: Landesamt für Statistik Niedersachsen, Pressemitteilung Nr. 002 vom 08.01.2025. Abrufbar unter: <https://www.statistik.niedersachsen.de/presse/auftragseingange-im-november-2024-nachfrage-nach-niedersaechsischen-industriegueter-im-vergleich-zum-vorjahr-um-11-gesunken-238453.html>

ⁱⁱⁱVgl.: Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung: Niedersachsen – starke Industrie im Wettbewerb. Abrufbar unter: <https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/wirtschaft/industrie/industrie-in-niedersachsen-15611.htm>

^{iv}Vgl.: Dullien / Gerards Iglesias / Hüther / Rietzler, 2024: Herausforderungen für die Schuldenbremse. IMK Policy Brief, abrufbar unter: https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008864

^vVgl.: DGB-Steuerkonzept unter: <https://www.dgb.de/geld/steuer-konzept/>

^{vi}Zur weiteren Ausführung der gewerkschaftlichen Position verweisen wir auf eine Stellungnahme des DGB aus 2023 zum Thema. Abrufbar unter: https://www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2023_11_13_DGB_Stellungnahme_NKWS_abgestimmt.pdf

^{vii}Vgl. Scheller et al., 2021: Baustelle zukunftsfähige Infrastruktur. Ansätze zum Abbau nichtmonetärer Investitionshemmnisse bei öffentlichen Infrastrukturvorhaben.

^{viii}Vgl.: DGB Niedersachsen, 2024: Fachkräftesicherung? Nur mit Guter Arbeit! Abrufbar unter: <https://niedersachsen.dgb.de/-/USB>

^{ix}Vgl.: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, 2018: 100 Jahre Achtstundentag in Deutschland. Historische Meilensteine und aktuelle Zahlen.

^xVgl.: Beermann et al., 2017: Orts- und zeitflexibles Arbeiten: Gesundheitliche Chancen und Risiken.

^{xi}Vgl.: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 03.12.2024. Abrufbar unter: <https://iab.de/presseinfo/ergebnisse-der-iab-arbeitszeitrechnung-fuer-das-dritte-quartal-2024-es-werden-so-wenige-ueberstunden-wie-noch-nie-geleistet/>